



Protokollauszug
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 21.11.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung
Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

TOP 2 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung
Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

TOP 3 Satzung für die verkaufsoffenen Sonntage Vorl.Nr. 267/24
2025
(Vorberatung)

Beschlussempfehlung:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 23.03.2025 anlässlich des „Ludwigsburger Märzklopfens“ (Ludwigsburg
Innenstadt)

am 12.10.2025 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutel-fests“ mit Herbstmarkt
(Ludwigsburg Innenstadt) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Fritz

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die Vorlage ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiemann** signalisiert für ihre Fraktion die Zustimmung.

Stadtrat **Passaro** wird der Vorlage ebenso zustimmen. Er regt an, über den Verkehrswarnfunk zu informieren.

Stadtrat **Zeltwanger** stimmt auch zu. Er erwartet rechtzeitig vor den Veranstaltungen eine Lösung zum Verkehrskonzept und eine Verbesserung des Verkehrsleitsystems. Er fragt, inwieweit LUIS die Verantwortung trage und eventuell einen Sicherheitsdienst beauftragen müsse.

Stadträtin **Liepins** stimmt ebenso zu. Zum Vorredner merkt sie an, dass es auch an anderen Wochenenden zu Verkehrsproblemen komme.

Stadtrat **Ziemann** freut sich, wenn die Stadt belebt ist und wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Eisele** sind die Stellungnahmen der Kirchen wichtig. Die Aktionen seien gut für die Innenstadt. Er hofft, dass die Mitarbeitenden für die Sonntagsarbeit entsprechend entschädigt werden.

Stadtrat **Tübek** stimmt der Vorlage auch zu.

Das Parkhaus der Kreissparkasse solle in das Parkleitsystem integriert werden, fordert Stadträtin **Dr. Knoß**.

Das Parkleitsystem werde kontinuierlich verbessert, so der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität.

Die Verantwortlichkeit liege bei der Stadt, merkt BM **Mannl** an. Im Februar 2025 erfolge ein Bericht zum Parkleitsystem.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Mannl** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Die vorgestellten vier Straßen werden entsprechend der beiliegenden Pläne saniert.
Die Haushaltsmittel stehen vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2025 zur Verfügung.
2. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Händelstraße **475.000 €** (brutto) werden genehmigt.
3. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Hartensteinallee **300.000 €** (brutto) werden genehmigt.
4. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Schwieberdinger Straße **500.000 €** (brutto) werden genehmigt.
5. Die Gesamtkosten für die Sanierung der Friedrich-List-Straße **520.000 €** (brutto) werden genehmigt.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt, Ausschreibungen und Vergaben der Arbeiten vorzunehmen, sofern die einzelnen Gesamtkosten sich gegenüber der Kostenberechnung um nicht mehr als 10% erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Fritz

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

Man müsse kontinuierlich in die Straßeninfrastruktur investieren, rät BM **Mannl**. Er eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** äußert sich kritisch zur Sanierung der Friedrich-List-Straße. Sie stellt den Antrag Ziffer 5 des Beschlussvorschlages zu streichen und verweist auf den Deckungsvorschlag im interfraktionellen Haushaltsantrag zur Weiterführung des Projektes Connect.

Stadtrat **Passaro** wünscht Einsicht in die Straßenzustandsliste. Das Zusammenspiel verschiedener Akteure sei sinnvoll. Hierdurch können Synergieeffekte erzielt werden. Er bemängelt die Abstimmung bei Maßnahmen des Regierungspräsidiums.

Stadtrat **Zeltwanger** fordert Prioritäten zu setzen und die Belagssanierungen zu schieben. Hierdurch könne man 1 Million einsparen.

Die vorgestellten Maßnahmen seien hauptsächlich kleine Wohnstraßen, wenngleich diese in einem schlechten Zustand seien und davon gebe es im Stadtgebiet noch weitere, merkt Stadträtin **Liepins** an. Sie wünscht eine Übersicht bezüglich des Straßenzustandes im Stadtgebiet. Die Friedrich-List-Straße könne geschoben werden, jedoch solle im Gegenzug eine andere Straße aufgenommen werden. Sie wird dem Antrag der Grünen-Fraktion nicht zustimmen.

Die Maßnahmen zu schieben sei nicht sinnvoll und verursache künftig mehr Kosten, meint Stadtrat **Ziemann**.

Im Stadtgebiet gebe es viele marode Straßen, findet Stadtrat **Eisele**. Er werde der Vorlage zustimmen. Die Sanierung der Schwieberdinger Straße und der Steinbeisstraße solle nicht zeitgleich erfolgen.

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung müssen Sanierungen erfolgen, so Stadtrat **Tübek**. Er wird der Vorlage zustimmen.

BM **Mannl** geht auf die offenen Fragen ein. Man beachte Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Er weist darauf hin, dass man bereits in einem Unterhaltungsdefizit sei und Generalsanierungen weitaus kostspieliger seien.

Die Verkehrssicherheit müsse gewährleistet sein und mit dem Straßenbestand solle nachhaltig umgegangen werden, ergänzt die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Der Straßenbelag werde durch den Bus- und Schwerlastverkehr stark beansprucht. Die Kosten fallen im konsumtiven Bereich an. Aufgrund der Haushaltslage habe man im investiven Bereich bereits Maßnahmen reduziert. Mit dem Regierungspräsidium stehe man im engen Austausch. Die gewünschte Übersicht zum Straßenzustand werde nachgereicht.

BM **Mannl** lässt über den Antrag der Grünen Fraktion, Ziffer 5 zu streichen, abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Fritz
Stadtrat Zeltwanger

Im Anschluss stellt BM **Mannl** die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt dem Konsolidierungs- und Modernisierungspaket (WIN-LB) für den Haushalt 2025, bestehend aus 23 Einzelmaßnahmen (siehe Anlagen 1 – 23), zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung einzelner Maßnahmen notwendige Satzungsänderungen etc. mit entsprechenden Beschlussvorlagen nachzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Die Beratung ist in der Gemeinderatssitzung am 3./4.12.2024 vorgesehen.

In den Ausschüssen erfolgt eine Aussprache.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** führt in das Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, ein. Es gebe viele Einschnitte in unterschiedlichen Bereichen. In Tranche 1 seien die kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen enthalten.

Der **Leiter** und der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität informieren anhand einer weiteren Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache und wünscht ein Meinungsbild des Gremiums.

Stadträtin **Dr. Knoß** regt an, für Pendler, die unter anderem aufgrund Homeoffice nicht jeden Tag nach Ludwigsburg fahren, ein weiteres Angebot zum Monatsticket, beispielsweise ein Zehnerticket, anzubieten. Sie sieht eine Sonntagsbewirtschaftung als unabdingbar an. Die Gebühren weisen eine starke Differenz auf, beispielsweise betrage der Tagessatz für die Bärenwiese 4 Euro und für das Parkhaus Akademie oder Arena 12 Euro. Die Bärenwiese solle gleich wie die Parkhäuser behandelt werden. Die Bewohner mit einem Anwohnerparkausweis müssen auch einen freien Platz finden können. Das Parken am Straßenrand solle mit einer Zehnerkarte ermöglicht werden.

Stadtrat **Passaro** weist auf den Antrag seiner Fraktion hin. Er bezweifelt, dass die Stadt für die Kontrollen genug Kapazitäten habe. Die Zusammenlegung der Parkzonen würde eine enorme Belastung mit sich bringen.

Man müsse nicht ein Parkkonzept für die Probleme des Blüba entwickeln, kritisiert Stadtrat **Zeltwanger**. Er merkt an, dass auch städtische Mitarbeitende auf der Bärenwiese parken. Mit einer Zusammenlegung von Zone 1 und 2 könne er mitgehen, jedoch ohne Erhöhung. Er regt die Ausweitung der Gebühren auf das gesamte Stadtgebiet an. Er fragt nach den Anschaffungs- und Unterhaltskosten für die Parkscheinautomaten.

Bereits eine moderate Erhöhung werde für Ärger in der Bevölkerung sorgen, meint Stadträtin **Liepins**. Sie geht auf den Antrag ihrer Fraktion ein.

Stadtrat **Ziemann** sieht die Erhöhung als zu hoch an. Eine Sonntagsbewirtschaftung treffe auch die Besuchende. Er sei nicht generell gegen eine Erhöhung, jedoch moderat und vermittelbar.

Die Bürgerschaft solle nicht zu stark belastet werden, sagt Stadtrat **Eisele**. Für Anwohnerparken müsse ein Parkdruck nachgewiesen werden und dieser sei nicht überall gegeben. Das Parken auf der Bärenwiese könne seiner Meinung nach an Wochenenden teurer werden, auch für Wohnmobile. Für Besuchende von Bewohnern regt er ein Gutscheineheft an.

Stadtrat **Tübek** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

Eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung im gesamten Stadtgebiet sei bisher nicht geplant, so der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Perspektivisch werde durch die Digitalisierung die Kontrolle einfacher.

Das Parken auf der Straße müsse teurer sein als in den Parkhäusern, merkt der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität an. Besucherblöcke habe es bereits in der Vergangenheit gegeben und wurden wegen Fälschungen und hohem Verwaltungsaufwand abgeschafft. Durch den technischen Fortschritt sei das mittlerweile wieder denkbar.

BM **Mannl** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.